

OSKAR WEGGEL

China und die Dritte

Welt: der längst über-

fällige Abschied von

einer außenpolitischen

Fiktion

Gliederung:

1. Die revolutionäre Komponente in der chinesischen Außenpolitik tritt zurück
 - 1.1. Zwang zur "antihegemonistischen Arbeitsteilung" mit den USA
 - 1.2. Zwang zum friedlichen Ausgleich mit den Nachbarn
 - 1.3. Zwang durch Selbstverpflichtung
 - 1.4. Schlußfolgerung
2. Chinas Dritte-Welt-Politik im Spiegel der außenpolitischen Wandlungen seit 1976: Konstanten und Variable
 - 2.1. Änderungen in den Zielsetzungen
 - 2.2. Änderungen in den Strategien
 - 2.3. Änderungen der "außenpolitischen Aktionsebene"
 - 2.4. Verlagerung der Interessenschwerpunkte: von den Ost-West- zu den Ost-Süd-Beziehungen. Nur verbales Interesse an den Nord-Süd- und den Süd-Süd-Beziehungen
 - 2.4.1. Schwierigkeiten im Umgang mit der Dritten Welt: Was ist das überhaupt?
 - 2.4.2. China und die Entwicklungspolitik der DW-Staaten
 - 2.4.3. China und die Dritte Welt im Zeichen des Nord-Süd-Konflikts
 - 2.4.4. Die Süd-Süd-Beziehungen und die Zusammenarbeit Chinas mit Ländern der Dritten Welt
 3. Notwendige Korrekturen
 - 3.1. Fiktion Nr.1: China als Bestandteil der Dritten Welt

- 3.2. Fiktion Nr.2: die Forderung Chinas nach einer verstärkten Süd-Süd-Kooperation
- 3.3. Fiktion Nr.3: China verlangt, daß die "Ausbeutung" des Südens durch den Norden auf dem Weg über eine Neue Weltwirtschaftsordnung beseitigt wird
- 3.4. Fiktion Nr.4: die USA als Feind der Dritten Welt
Der längst fällige Abschied von der bisherigen DW-Politik

1.1.

Zwang zur "antihegemonistischen Arbeitsteilung" mit den USA

Wie die Dinge nun einmal liegen, ist China in beiden Bereichen heute immer mehr auf Zusammenarbeit mit der westlichen Welt, vor allem den USA, angewiesen, da es von dort nicht nur die effektivste Unterstützung bei seiner Antihegemonismus-Politik, sondern darüber hinaus Modernisierungsbemühungen erfährt.

Die erstere These bedarf hier einer wenigstens skizzenhaften Begründung: Will China dem sowjetischen "Hegemonismus" weltweit entgegentreten, so sieht es sich schnell am Ende seiner Möglichkeiten. Es hat zwar überall in der Welt aufmerksame Zuhörer, und es versteht seine antihegemonistischen Argumente glänzend zu "verkaufen"; aber mit "Aufklärung" und antihegemonistischer Bewußtseinsbildung allein kann die - nach Chinas Auffassung so expansionistische - Sowjetunion gewiß nicht im Zaume gehalten werden. Dazu bedarf es der Mithilfe einer Macht, die auch Zähne zeigen kann - eben der USA. Sowjetische Globalpolitik zeigt sich heute ja vor allem im maritimen Bereich. Gerade hier hat die Sowjetunion in den letzten zwanzig Jahren - zwischen 1962 (Niederlage bei Kuba) und 1982 Rüstungsfortschritte gezeigt, die das Schlagwort von einem "sowjetischen Marinewunder" rechtfertigen. Nur eine Macht kann hier noch Paroli bieten - eben die USA. Hier ein Beispiel: Weltweit gibt es über ein Dutzend maritimer Engstellen, die von höchster strategischer Bedeutung sind, so z.B. die Straße von Malakka, den Persischen Golf, das Rote Meer, die Wasserstraßen von Nordostsibirien vorbei an den japanischen Inseln in den Pazifik, die Beringstraße (zwischen Nordostsibirien und Alaska), die Wasserstraßen um Island, das Kap der Guten Hoffnung, den Suezkanal, die Straße von Gibraltar, die Ostsee-Wasserstraßen, den Panamakanal, die Wasserstraßen in der Karibik um Kuba herum usw.

Was kann China tun, um die Sowjetunion daran zu hindern, sich an solchen Punkten festzusetzen? Drei Möglichkeiten sind denkbar:

- Da die unmittelbaren Nachbarn solcher strategischer Entscheidungspunkte fast immer Länder der Dritten Welt sind, kann China sich an sie mit mahnenden, beschwörenden und aufklärenden Worten richten. In der Tat ist Beijing hier nicht müßig gewesen, wenn man etwa an seine Malta-,

1. Die revolutionäre Komponente in der chinesischen Außenpolitik

Chinas Außenpolitik ist seit 1949 nicht ruhig-kontinuierlich abgelaufen, sondern hat heftige Schwankungen mitgemacht, an einigen Stellen extreme Ausschläge vollzogen. Die alte, in diesem Zusammenhang ewig neugestellte Frage, ob es mehr innenpolitische ("aktive") oder aber außenpolitische (d.h. eher "reaktive") Determinanten waren/sind, die Änderungen solcher Art bewirkt haben, läßt sich - zumindest auf den ganzen Zeitraum seit 1949 gesehen - nie klar beantworten. Für die Außenpolitik der Kulturrevolution waren zweifellos die inneren, von der maoistischen Ideologie abgeleiteten Antriebe maßgebend. Es hieße jedoch das Kind mit dem Bade ausschütten, wollte man behaupten, daß Außenpolitik nichts anderes als eine "Externalisierung von Innenpolitik" sei (1). Gerade die Politik Chinas gegenüber Ländern der Dritten Welt zeigt, wie verschieden die Antriebe sein können: Sie reichen von der Unterstützung ausländischer Befreiungsbewegungen (vor allem während der sechziger und frühen siebziger Jahre), die mit dem (damaligen) ideologischen Selbstverständnis eng korrelierten, bis hin zu einer Politik, die höchst "reakтив" beeinflußt war - man denke etwa an die chinesische Pakistan- und Indochina-Politik!

Ganz allgemein läßt sich schon an dieser Stelle die Hypothese aufstellen, daß chinesische Dritte-Welt-Politik durch eine subtile Interaktion von inneren und äußeren Faktoren beeinflußt ist, wobei der "antihegemonistische" Strang im Motivationsbündel eher reaktive Außenpolitik, der nationale Strang dagegen eher "aktive" Außenpolitik (z.B. in Richtung auf Zusammenarbeit zum Zwecke der "Modernisierung") auslöst.

Somalia-, Jemen-, Singapur-, Ägypten- oder Japan-Politik denkt - gar nicht zu reden von den Propagandaattacken gegen Vietnam, das im Begriff ist, den Sowjets auf eigenem Gebiet sowie in Kambodascha Basen einzuräumen. Immer wieder auch weist China periodisch auf die Gefährdung vor allem der Meerengen im Bereich des eurasischen Kontinents hin (2).

- Eine weitere Möglichkeit besteht darin, Anliegerstaaten mit Waffen, Wirtschaftshilfe und Ausbildungshilfe zu versorgen. So war es beispielsweise kein Zufall, daß China, da es schon in Südafrika, und damit unmittelbar am Kap der Guten Hoffnung, nicht Fuß fassen konnte, wenigstens in den beiden östlich und westlich an Südafrika anschließenden früheren portugiesischen Kolonien (Mozambique und Angola) Fuß zu fassen versuchte, indem es in Mozambique die Frelimo und in Angola die FNLA sowie die Unita unterstützte. Am Ende freilich zog China, vor allem in Angola, den Kürzen, da es auf das falsche Pferd gesetzt hatte, während die Sowjetunion - mit Unterstützung der siegreichen MPLA - von vornherein einen Vorsprung gewonnen hatte.

- Versagen Belehrung und Belieferung, so bleibt nur noch ein dritter Ausweg, nämlich die Hilfe der USA, die mit ihren verschiedenen Flottenverbänden weltweit präsent sind

Schon hieraus wird deutlich: Dritte-Welt-Politik im antihegemontistischen Sinne läßt sich heute nur mit Hilfe der USA betreiben. China befindet sich hier gegenüber den USA in der Stellung eines siamesischen Zwillings. Lange liegen die Zeiten zurück, da Lin Biao eine von den Supermächten unabhängige, selbständige Politik der Dritten Welt fordern konnte. Kommt China nun aber letztlich ohne die USA nicht aus, so ist es schon aus diesem Grunde gezwungen, jene subversive Politik zu vergessen, die es sich - im Zeichen der Linken Strategie - jahrelang geleistet hat. Chinas heutige, im großen und ganzen nichtrevolutionäre Außenpolitik gegenüber den Ländern der Dritten Welt ist also zu einem Teil durch Determinanten bestimmt, die "von außen her" kommen - "reaktive Dritte-Welt-Politik" mit anderen Worten.

1.2. Zwang zum friedlichen Ausgleich mit den Nachbarn

Aber auch aus innenpolitischen

Erwägungen heraus ist China gut beraten, revolutionäre Außenpolitik zu vergessen: Beim 3. Plenum des XI. ZK im Dezember 1978 wurde der Beschuß gefaßt, den Schwerpunkt der Parteiarbeit vom Klassenkampf auf die Modernisierung zu verlegen - ein Beschuß, der dazu führte, die seit 1972 im Westen geknüpften Beziehungen noch mehr als bisher zu intensivieren und Außenpolitik in den Dienst der Entwicklung Chinas zu stellen. Will China seine Modernisierung so schnell wie möglich vorantreiben, so braucht es nicht nur die USA, die EG-Länder und Japan als technologische Helferhelfer, sondern ist auch auf eine "ruhige internationale Umgebung" und auf Nachbarn angewiesen, die der VR China nicht mit permanentem Mißtrauen gegenüberstehen - also u.a. auch auf ein wohlgesonnenes und womöglich "antihegemontistisch" ausgerichtetes ASEAN-Bündnis. Würde China hier seine vor allem in den sechziger Jahren so kräftig entfachte Subversionspolitik fortsetzen, so lieferte es nicht zuletzt der Sowjetunion einen Vorwand, sich verstärkt im Glacis der Volksrepublik niederzulassen.

1.3. Zwang durch Selbstverpflichtung

Noch eine dritte Überlegung zwingt China dazu, von der früheren Revolutionspolitik gegenüber der Dritten Welt abzugehen - nämlich die Selbstverpflichtung, die es sich durch sein eigenes Auftreten seit 1978 gleichsam konkludent geschaffen hat: China ist kein Außenseiter mehr, sondern hat - von Saudi-Arabien, dem Vatikan, Südkorea und einigen lateinamerikanischen Staaten abgesehen - praktisch heute mit allen Staaten der Welt - vor allem der Dritten Welt - diplomatische Beziehungen aufgenommen. Es ist ein angesehenes Mitglied der UNO und der UNO-Unterorganisationen; es gehört dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank an und ist übrigens insofern auch bereits als Konkurrent zu anderen Drittländern präsent; es ist zu einem Mekka von Staatsmännern und Regierungen der ganzen Welt geworden; es nimmt seit 1978 ausländische Kredite an und schließt seit 1979 Joint Ventures sowie eine Fülle von anderen Kooperationsverträgen mit Firmen der ganzen Welt ab. Es hat m.a.W. ein außenpolitisches Gehabe angenommen, das äonenweit von jener Rolle des Unruhestifters entfernt ist, die noch während der Kulturrevolution gäng und gäbe war. China hat m.a.W. bei seinen außenpolitischen Aktionen die Ballonmütze des

Proletariers abgenommen und wieder die Mandarinenkappe aufgesetzt. Von hier führt so leicht kein Weg wieder zurück. Verfiele Beijing unerwünscht auf den Gedanken, revolutionäre Ziele und eine Linke Strategie im Stile der sechziger Jahre wiederaufzugreifen, so hätte es im gesamten asiatisch-pazifischen Raum mit heftigsten Abwehrreaktionen zu rechnen und würde sich auch bei solchen Regierungen endgültig unglaublich machen, die gerade dabei sind, die haushohen Dämme des in Jahrzehnten aufgerichteten Mißtrauens abzubauen, wie z.B. in Indonesien.

1.4.

Schlussfolgerung

Zusammengefaßt läßt sich hier also nochmals feststellen, daß die VR China aus drei Gründen ("antihegemontistische" Arbeitsteilung mit den USA, friedlicher Ausgleich mit den Nachbarn und außenpolitische Glaubhaftigkeit) gegenüber Ländern der Dritten Welt keine revolutionäre Außenpolitik im Stile der sechziger Jahre mehr treiben kann. Diese drei Erwägungen die "von außen" beeinflußt sind, verbinden sich mit dem "im eigenen Haus" entstandenen Vorsatz zur Modernisierung und geben so zusammen ein Motivbündel ab, das dafür sorgen dürfte, daß China in den nächsten Jahren, ja vielleicht Jahrzehnten, eine ruhige, von Subversionsversuchen freie Dritte-Welt-Politik betreiben wird.

Von "revolutionären" Forderungen will China freilich nicht ganz abrücken, insofern es nämlich eine den Ländern der Dritten Welt zugute kommende "Neue Weltwirtschaftsordnung" verlangt, deren Gelingen von China als "revolutionäres" Geschehen verstanden würde.

Immer mehr in den Hintergrund getreten ist dagegen der Export der Revolution in dem Sinne, daß China sich als Modell für den Kampf der Dörfer gegen die Städte verstand. In diesem Sinne engagiert sich China heute nur noch an wenigen Punkten der Landkarte, so z.B. in Süd- und Südwestafrika und vor allem in Indochina, wo es die Guerillabewegungen der FULRO (Force Unifiée pour la Libération de la Race Opprimée), des Demokratischen Kampuchea und des laotischen Widerstandes unterstützt. Obwohl die "Volkskriegs"-Aktion dieser Maquis-Organisationen noch ganz auf der Linie der Lin-Biao-Strategie der sechziger Jahre liegen, ist gegenüber damals doch ein ganz wesentlicher Unterschied hervorzuheben: Früher nämlich unter-

stützte China solche "Volksarmeen" und Befreiungsbewegungen aus revolutionären Gründen, heute dagegen aus nationalen und antihegemonistischen Sicherheitserwägungen: Es nutzt ganz schlicht jenes antivietnamesische Widerstandspotential aus, das in den drei Indochina-Ländern nun einmal vorhanden ist, um Vietnam in die Knie zu zwingen und es den chinesischen Vorstellungen über eine "richtige" Indochina-Politik gefügig zu machen.

Im übrigen aber lässt China kaum etwas unversucht, um sich von jedem Verdacht einer auch nur irgendwie gearteten revolutionären Betätigung reinzuwaschen. Die ins Ausland entsandten Ärzteams oder Entwicklungshilfe-Mannschaften z.B. haben strenge Anweisung, politische Enthaltsamkeit zu üben und sich ausschließlich auf ihre fachlichen Funktionen zu beschränken. Auch diese Politik ist, wie es scheint, langfristig angelegt.

2. Chinas Dritte-Welt-Politik im Spiegel der außenpolitischen Wandlungen seit 1976:

Konstante und Variable

Seit Beginn des nachmaoistischen Zeitalters in den Jahren 1976 bis 1979 haben sich einige bedeutsame Verschiebungen im Bezugssystem der chinesischen Außenpolitik ergeben, die man vielleicht auch als Ausdruck der "Modernisierung" betrachten kann.

Im Bereich der Ziele "wanderte" der Schwerpunkt von der Revolution zur mehr nationalen und antihegemonistischen Richtung, bei den Strategien hatte die Linke immer mehr hinter der Rechten Strategie zurückzutreten, bei der Instrumentierung traten die Staat/Staat-Beziehungen immer mehr an die Stelle der bis dahin vom Gedanken der "Massenlinie" bestimmten Volk/Volk- und KP/KP-Verbindungen. Bei den Interessenschwerpunkten schließlich zogen die Süd-Süd- sowie die Ost-Süd-Beziehungen immer mehr mit den Ost-West- sowie der Nord-Süd-Beziehungen gleich.

Diese Verschiebungen und Verlagerungen mußten sich unweigerlich auch auf das Verhältnis Chinas zu den Ländern der Dritten Welt auswirken, wenngleich sich an der pauschalen Einordnung dieser Länder in die 1964 verkündete Zwischenzonen- sowie in die 1974 proklamierte Drei-Welten-Theorie nichts geändert hatte und auch der "Antihegemonismus" wie schon vor 1976 Hauptmotiv der chinesischen Außenpolitik blieb

(als die drei "Leitprinzipien" der chinesischen Außenpolitik gelten heute der Kampf gegen den Hegemonismus, die Festigung der Einheit und Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt und die Erhaltung des Weltfriedens. Auch wenn manchmal der letztere Punkt an erster Stelle genannt wird, ist doch das antihegemonistische Kriterium letztlich so überragend, daß es de facto an erster Stelle zu nennen ist).

Welche Änderungen also vollzog die chinesische Dritte-Welt-Politik im einzelnen?

2.1. Änderungen in den Zielsetzungen

Während der Kulturrevolution spielten die revolutionären Zielsetzungen in der chinesischen Außenpolitik eine alles überragende Rolle. Die kulturrevolutionäre Außenpolitik, die zeitweise gar nicht mehr vom Außenministerium, sondern von Massenorganisationen (Rote Gardaen) - und zwar meist in höchst chaotischer Weise (Botschaftsbelagerung, Kundgebungen an die ganze Menschheit und Drohgebärden an die Adresse der "Weltstädte") - betrieben wurde, betrachtete als eigentlichen Adressaten nicht die Staaten, sondern die arbeitenden und ausgebauten Klassen der Welt. Die "Befreiungsbewegungen" in den verschiedenen Staaten, vor allem in den Ländern der Dritten Welt, sollten sich erheben, ihre "Lakaienregime" stürzen und sich in einem vereinten Kampf der "Weltdörfer" gegen die "Weltstädte" zusammenfinden. Die Schaffung möglichst vieler sozialistischer- und kampfbereiter -Gesellschaften in der Weltarena - dies war das "hehe Ziel", das vornehmlich genannt wurde.

Schon 1968/69 allerdings wurde diese Zielstruktur dadurch verändert, daß die Sowjetunion (im Anschluß an die Ereignisse von Prag und die militärischen Auseinandersetzungen mit China am Ussuri) zum Feind Nr.1 erklärt wurde, so daß nun zu dem revolutionären Ziel ein weiteres Ziel, nämlich das des Kampfes gegen den "Hegemonismus", hinzutrat.

Auch die nationalen Zielsetzungen (Sicherheit der Volksrepublik im eigenen Land und im strategischen Vorfeld) sowie die Wiedervereinigung kamen schon vor 1976 wieder zu ihrem Recht.

Die Verschiebung ging in verstärktem Maße nach 1976 weiter, so daß die nationalen Zielsetzungen (Sicherheit, Zusammenarbeit mit fortgeschrittenen Ländern zum

Zwecke der "Modernisierung" und der Antihegemonismus) heute weit vor den revolutionären Zielsetzungen rangieren - ja, diese fast völlig in den dämmrigen Hintergrund unverbindlicher verbaler Zugeständnisse verdrängt haben. Diese Verschiebung wurde zugunsten der KP seit Dezember 1978 "den Arbeitsschwerpunkt vom Klassenkampf auf die Modernisierung verlegt".

Während China noch Ende der sechziger Jahre versuchte hatte, den Befreiungsbewegungen und KPs in den heutigen ASEAN-Staaten, in verschiedenen afrikanischen Ländern sowie in Nahost Unterstützung zu gewähren, um sie auf diese Weise als Motoren des revolutionären Umbruchs zu ölen, gibt es heute kaum noch ein Land, wo sich eine solche chinesische Zielsetzung nachweisen ließe. Selbst bei der Unterstützung der SWAPO ist es den Chinesen nicht um eine Sozialisierung, sondern lediglich um eine (ideologisch wie immer begründbare) Befreiung Südwestafrikas zu tun, wobei sich die Chinesen hauptsächlich deshalb so stark engagieren, weil sie im künftigen Namib-Staat den Sojwets nicht in ähnlicher Weise das Feld überlassen wollen wie 1975 in Angola.

Selbst die Länder der Dritten Welt sind für China nicht mehr unter dem Aspekt revolutionärer, sondern nur noch antihegemonistischer und nationaler Zielsetzungen interessant, wobei der sowjetische Hegemonismus wegen seines "aggressiveren Charakters" (CSSR, Afghanistan, Indochina, Flottenpolitik im Indik und Pazifik) im Vordergrund steht und der "amerikanische Hegemonismus" -zumindest vorübergehend - nur eine Marginalrolle spielt (und zwar in Südafrika/Namibia, Israel, in Zentralamerika und in der Karibik, in Korea- und Taiwan).

Außenpolitische Zielsetzungen lassen sich folgendermaßen hierarchisieren: Ein Staat will entweder einen beherrschenden Einfluß auf ein bestimmtes Land oder eine bestimmte Region (A-Lösung) oder aber, soweit dies nicht erreichbar wird, die Ausschaltung seines wichtigsten Gegners aus einem Land oder einer Region (B-Lösung) oder aber - falls auch diese herabgestufte Erwartung nicht realisierbar ist - doch wenigstens die Bekämpfung des Feindes Nr.1 mit Hilfe des Feindes Nr.2 oder aber mit Hilfe aller anderen vereinigungsfähigen Kräfte (C-Lösung) ("Denial"-Politik) Allgemein kann man sagen, daß China heute die C-Lösung in allen Teilen der

Dritten Welt verfolgt, sogar in dem unmittelbar in dem vor seiner Haustür liegenden südostasiatischen Bereich. Außer in Zentralamerika, in der Karibik, in Südkorea und in der Israel-nahen Umgebung, wo die USA selbst "hegemonistisch" auftreten, sieht sich Washington von den Chinesen zum gemeinsamen antihegemonistischen Kampf an der Seite der Drittländer in den verschiedenen Regionen der Welt aufgerufen. Ziel der antihegemonistischen Politik ist es, der "Expansion" Moskaus nicht nur Einhalt zu gebieten, sondern sie auch "zurückzurollen" ("Rollback"-Politik). Wie der Leiter des Instituts für Strategische Studien in Beijing, Xu Xin, im Mai 1981 hervorhob, seien alle vom Sowjet-"Expansionismus" bedrohten Staaten, von Westeuropa bis hin zu den Ländern der Dritten Welt, aufgerufen, sich an einer Zurückdrängungsstrategie zu beteiligen, wobei es darum gehe, die Sowjetunion vor allem an ihren sechs Schwachpunkten (Getreidemangel; Technologierückstand; militärische Haushaltsbelastung; drückende Militärhilfslasten an das Ausland in Höhe von jährlich 10 Mrd.US\$; Widersprüche im Ostblock, man denke an Polen; Verzettelung an zuvielen Fronten) zu treffen (3).

Ein Land wie Argentinien beispielsweise dürfte danach kein Getreide mehr an die Sowjetunion verkaufen. Außerdem zielt China darauf ab, die Länder der Dritten Welt zu einem antihegemonistischen Abstimmungsverhalten in der UNO (Kambodscha-, Afghanistan-Frage etc.) zu veranlassen und sie daran zu hindern, der Sowjetunion Militärbasen oder irgendwelche sonstigen Vorrechte einzuräumen.

Im Bereich der nationalen Zielsetzungen sucht China seine Sicherheit im außenpolitischen Bereich vor allem dadurch zu wahren, daß es Länder in seinem strategischen Vorfeld dazu ermutigt, Großmächten keine Basen einzuräumen; daß sich Vietnam nicht an diesen Wunsch Chinas hält, sondern den Sowjets Marinebasen in Danang, Cam Ranh, Kompong Som und Ream überläßt, ist einer der Hauptgründe für die chinesisch-vietnamesischen Spannungen.

Was schließlich die zum Bereich der nationalen Ziele gehörenden Modernisierungsbestrebungen Chinas anbelangt, so kann es hier von den Drittländern aus naheliegenden Gründen wenig ernten. Adressaten entsprechender Wünsche sind fast ausschließlich die Industrieländer Europas, Japan, die USA sowie einige Ostblock-

staaten. Lieferungen aus "Schwellenländern" wie Singapur, Taiwan und Südkorea (via Hongkong) sind die Ausnahme.

Hauptzielsetzung Chinas gegenüber den Ländern der Dritten Welt ist also die antihegemonistische Komponente. China kennt seine eigene militärische Schwäche; sein militärischer Arm reicht kaum über die Küstengewässer und Nachbarprovinzen hinaus. So kann es am Ende nur stark in der Gemeinschaft sein, d.h. in der Gemeinschaft der Dritten Welt, der es sich offiziell nach wie vor selbst zurechnet und mit der es- wie immer wieder betont wird - die gleiche leidvolle Geschichte sowie gemeinsame Entwicklungsprobleme teilt. "Der Kampf gegen den Hegemonismus und die Wahrung des Weltfriedens wurden auch im Rechenschaftsbericht Hu Yaobangs vor dem XII. Parteitag (am 1. September 1982) als "wichtigste Aufgaben der Völker der Welt" bezeichnet (4) - und zwar vor allem an der Seite der Völker der Dritten Welt.

Diese Völker werden, um dies nochmals zu betonen, nicht mehr in ihrer klassenmäßigen Struktur - oder mit revolutionärem Akzent - angesprochen, sondern als Staatengemeinschaften, die ihrem wichtigsten Auftrag dadurch nachkommen, daß sie dem Hegemonismus Einhalt gebieten - gleichgültig, in welcher Klassenstruktur sie sich befinden.

2.2. Änderungen in den Strategien

Während der Kulturrevolution sahen sich die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt von China dazu aufgefordert, unter Führung ihrer jeweiligen KP sogenannte "befreite Stützpunktgebiete" aufzubauen, eine eigene Armee auf die Beine zu stellen, gegen die "herrschenden Kräfte" einen "Volkskrieg" zu führen und bei alledem möglichst auf eigenen Beinen zu stehen, weil China nur subsidiär Unterstützung (und zwar in Form von Propaganda, Waffenhilfe, Militärtraining etc.) leisten könne. Es gab damals eine Fülle von kommunistischen Parteien, die sich von China in diesem Sinne ermuntert sahen, vor allem die KPTH, die birmanische weiße Flagge, die KP Malayas, die KP Indonesiens, die KP (ML) der Philippinen, ferner Befreiungsbewegungen in Guinea-Bissau, Angola, Mozambique und in Südwestafrika, die PLO und die PFLOAG sowie die "Naxaliten"-Bewegung in Indien - um nur die wichtigsten zu nennen.

Sie alle sollten gegen ihre Regierungen, die durchwegs als "Lakaien" des einen oder anderen Imperialstaates angesehen wurden, den Volkskrieg aufnehmen.

Seit den schweren Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion sah sich China allerdings mit einem Mal vor eine neue Sachlage gestellt: Konnte man riskieren, daß sich am Ende USA und Sowjetunion gegen das damals - im Zeichen der Kulturrevolution - so unberechenbar gewordene China wandten? Im Angesicht dieser Gefahr hatte die Volksrepublik drei Möglichkeiten, nämlich entweder die Fortsetzung des Kampfes an der Seite der Dritten Welt gegen beide Supermächte ("Weltdörfer" gegen "Weltstädte", wie von Lin Biao vorgeschlagen), die Rückwendung zur Sowjetunion oder aber die Hinwendung zu den USA. 1972 wurde bekanntlich die letztere Entscheidung gefällt. Damit war das Konzept Lin Biaos aus den Angeln gehoben, und es war unvermeidlich, daß die Linke Strategie von nun an Stück um Stück in den Hintergrund rückte. Gesprächspartner konnten nun nicht mehr kommunistische Splitterparteien, Befreiungsbewegungen und Klassen sein, sondern logischerweise fast nur noch Regierungen und Staaten. China interessierte sich m.a.W. von nun an nicht mehr für den "Untergrund", sondern vielmehr für die offizielle "Oberfläche" der Dritten Welt: Die Rechte Strategie war zur Normalität geworden.

Viele Splitterparteien marxistischer Prägung, die sich jahrelang der Gunst Beijings erfreut hatten, gerieten nun in einen wenig beneidenswerten Zustand innerer Zerrissenheit. Besonders deutlich wurde dies am Beispiel der KP Thailands. Diese im Jahre 1943 gegründete Partei, der heute noch ungefähr 5.000 Mitglieder angehören, zerfiel in nicht weniger als drei Teile, nachdem sie von der chinesischen "Schwesterpartei" aufgefordert worden war, künftig nicht mehr gegen die Regierung in Bangkok zu kämpfen, sondern sich vielmehr - an der Seite der Regierung - gegen die neue Hauptgefahr im indochinesischen Bereich, nämlich den vietnamesischen "Regionalhegemonismus" zu wenden. Am Ende spaltete sich die Partei in einen provietnamesischen und einen prosowjetischen Flügel, wobei allerdings der prochinesische Rumpf nach wie vor am stärksten blieb. Die KPTH wurde überdies aufgefordert, ihre regierungsfeindliche Propaganda einzustellen - was seit Mitte 1980 geschah. Der provietnamesische Flügel hat heute unter dem

Namen "Phak Mai" (wörtlich: "Neue Partei") seinen Hauptsitz in Vientiane und ist dort im antichinesischen Sinne "umgedreht" worden.

Auch auf den Philippinen hat die einst unter dem Maoisten José Maria Sison (alias "Amado Guerrero") stehende KPPh (ML) eine Wandlung erfahren. Guerrero selbst sitzt in einem Regierungsgefängnis. Seine Stelle hat ein Studentenaktivist der 70er Jahre, Rodolfo Sales, übernommen, in dessen Weltanschauung der Maoismus kaum noch eine Rolle spielt und der eine antoghone Anti-Marcos/US-Strategie entwickelt hat. Nach wie vor existiert zwar die New People's Army, die angeblich rund 30 "strategische Guerillafronten" und in 73 Provinzen sogenannte "Revolutionsskomites" errichtet hat sowie über rd 6.000 Guerillas verfügt; doch hat die KPCh offensichtlich jeden Einfluß auf sie verloren.

Die rund 3.000 Mitglieder starke Kommunistische Partei von Malaysia erlitt mit den schwersten Schlag i.J. 1980, als sich ihr in Beijing ausgebildeter Vorsitzender, Musa Ahmad, der Regierung stellte und vor Rundfunk und Presse des Landes ohne Einschränkung "auspackte", wobei China auf die Anklagebank geriet.

Inzwischen hat sich auch die KPM gespalten und zwar genauso wie die KPTh in drei Teile, nämlich in die alte - Beijing-orientierte - KPM, ferner in die "Marxistisch-Leninistische Fraktion" und die "Revolutionäre Fraktion". Sowohl Deng Xiaoping als auch Zhao Ziyang waren bei ihren Malaysia-Besuchen in den Jahren 1977 bzw. 1981 von der Regierung in Kuala Lumpur aufgefordert worden, sich von der KPM offiziell zu distanzieren. Gerade Malaysia, dessen politische und wirtschaftliche Stabilität vom harmonischen Zusammenleben der drei "Communities" abhängt, hätte auf eine solche Lossage besonderen Wert gelegt. Der bereits erwähnte Musa Ahmad selbst - jahrelang Asylant in China -, hatte nach seiner Rückkehr immer wieder erklärt, daß Chinas gegenwärtig so freundliche Haltung gegenüber dem südostasiatischen Staat nichts anderes als ein taktisches Manöver sei und daß es der chinesischen Führung letztlich um eine Kontrolle über den gesamten südostasiatischen Raum gehe. Besonders ausschlaggebend für die malaysische Einstellung gegenüber der Guerillabewegung war die Tatsache, daß sich die Aufständischen vornehmlich aus Chinesen

(unter der Führung des berüchtigten Chin Peng) zusammensetzen.

Zhao Ziyang, der 1981 ebenfalls mit der malaysischen "Gretchenfrage" konfrontiert wurde, erwähnte, daß die Beziehungen Chinas zur KPM "nur moralisch und politisch" seien (5). Die Malaysier waren mit dieser "Polit-Moral-Antwort" alles andere als zufrieden - ebensowenig übrigens wie mit einer gleichlauten früheren Antwort Dengs, der versichert hatte, daß China gewaltsame Umsturzversuche nicht mehr fördere, sondern lediglich an seinen moralischen und politischen Verpflichtungen gegenüber den Bruderparteien in Malaysia und anderswo festhalten wolle. Kuala Lumpur bestand demgegenüber darauf, daß China sich offen zum Bruch mit den malaiischen Kommunisten bekennen müsse (6). In Malaysia war man auch befremdet darüber, daß der Partisanensender "Stimme der malaiischen Revolution", der am 30. Juni 1981 seine Tätigkeit eingestellt hatte, im August 1981 bereits wieder auf Sendung gegangen war. Da nützte es wenig, daß die Chinesen nichts mit diesen Aktivitäten zu tun haben wollten. Dabei konnte man ihnen ihre Versicherungen sogar glauben: Allzusehr hat sich ja die Interessenlage seit 1976 geändert! China weiß, daß jede Fortsetzung von Partisanenunterstützung nur Munition für die antichinesische Propaganda Vietnams und der Sowjetunion wäre!

2.3.

Aenderung der "außenpolitischen Aktionsebene"

Die in diesem Zusammenhang nötigen Ausführungen wurden bereits oben unter Punkt 2.2. vorgebracht. Es sei hier lediglich nochmals betont, daß es heute nicht mehr Klassen und die diese Klassen repräsentierenden Kommunistischen Parteien sind, welche als Hauptadressaten chinesischer Außenpolitik angesprochen werden, sondern vielmehr die etablierten Regierungen. Selbst eine Bewegung wie die PLO wird nicht als Befreiungsbewegung, sondern als Regierung angesprochen.

Sicherlich gewährt China noch einigen ausländischen KPs und führenden Kommunisten, so z.B. dem einzigen Politbüro-Überlebenden der Indonesischen KP, Yussuf Ajitorop Asyl in Beijing. Im übrigen jedoch beschränken sich die Beziehungen zu Kommunistischen Parteien, falls sie in den betreffenden Ländern für illegal erklärt wurden, auf nur noch rituelle Solidaritätserklärungen und Grußtelegramme. Bezeichnenderweise

ging China beim XII. Parteitag (September 1982) so weit, daß es, im Gegensatz zu seinen früheren Gebräuchen, diesmal keine geschlossene Liste der gratulierenden Parteien aufführte. Vielmehr wurden in der Volkszeitung, über 6 Tage "verstreut", Glückwunschtelegramme von "Bruderparteien" wiedergegeben, z.B. der KPs von Nordkorea, Jugoslawien (7), von Rumänien, Spanien und Australien ("M/L") (8), von Italien, Somalia, Guinea ("Unabhängige Partei") (9), von Frankreich ("M/L"), Belgien ("M/L"), Norwegen ("M/L"), Japan (Komeito; Arbeiterpartei), Großbritannien, Sri Lanka ("Arbeitervolkspartei"), Birma (Weiße Flagge), Indonesien, Malaya, Peru ("Rotes Vaterland"), Dominikanische Republik (10), von Griechenland, Sri Lanka ("Links"; "Neue Lanka-Partei"), Nord-Kalimantan, Marokko (11) sowie von Vietnam (Hoang Van Hoan), VR Kongo, Bangla Desh und Italien (Sozialistische Revolutionspartei) (12). Angesichts des so hochrangigen Stellenwerts, den Darstellungs- und Presserituale in der chinesischen Außenpolitik einnehmen, ist eine solche unsystematische und fast "lieblose" Wiedergabe (vor allem von KPs aus der Dritten Welt) gewiß nicht ohne Bedeutung. Im übrigen sei auch noch auf die oben bereits geäußerte Mutmaßung hingewiesen, daß China versucht, auch die früher von ihm unterstützten Partisanensender in Südostasien zum Schweigen zu bringen, daß ihm dies - wie im Falle der KP Malaya - jedoch nicht immer gelingt.

Mit der These, daß Volks- und KP-Diplomatie zugunsten der Staats- und Regierungsdiplomatie in den Hintergrund getreten sind, sei keineswegs behauptet, daß die Volksdiplomatie heute keine Rolle mehr spielt. "Volksdiplomatie", die ja nicht nur den kulturellen Austausch, sondern u.a. auch die tägliche Entwicklungshilfe mitumfaßt, ist in China gerade in letzter Zeit sogar recht großgeschrieben, wie die Entsendung von Ärzteteams, der Bau von Textilfabriken, von Straßen usw. zeigen. Jedoch wird die "klassische" Staat-Staaten-Diplomatie nicht mehr - wie z.B. unmittelbar nach der Oktoberrevolution (Sowjetunion) oder aber während der Jahre 1966 bis 1968 (China) durch revolutionäre und klassenbezogene "Weltinnenpolitik" verdrängt, ja ersetzt.

Im volksdiplomatischen Bereich ist in erster Linie der umfangreiche Entwicklungshilfebereich hervorzuheben. Hauptzweck der chinesischen Entwicklungshilfe ist eine Art Schutzimpfung gegen Einflüs-

se der Sowjetunion. Als Agrarstaat, der sich selbst gerade auf dem Weg zur Industrialisierung befindet und über eine nur schmale Kapitaldecke verfügt, setzt China vor allem seine reichlich vorhandene Arbeitskraft im Ausland ein. Kein Wunder, daß Großprojekte, wie z.B. die Transsibirische Bahn, Ausnahme geblieben sind. Im wesentlichen beschränkt sich China auf den Bau von Textilfabriken, Sägewerken, aber auch von Sporthallen, Straßen sowie auf Hilfestellung beim Anbau von Tabak, Tee, Wasserreis und Getreide. Die Projekte werden entweder umsonst oder zinsfrei oder aber mit niedrig zu verzinsenden Krediten gegeben. Auch in Zukunft soll diese Politik - trotz der reformerischen Korrekturen in der chinesischen Wirtschaftspolitik - fortgesetzt werden. Für arme Länder will China kleinere und mittlere Industrieunternehmen und landwirtschaftliche Projekte bauen, die wenig Investitionen erfordern und nur kurze Bauzeit beanspruchen. Nach der Fertigstellung soll bei der Ausbildung des Managements geholfen werden. Solche Grundsätze sind den "Acht Prinzipien" Zhou Enlais für die Entwicklungshilfe entnommen. Sie lauten: Gleichheit, billige Kredite, keine souveränitätseinschränkenden Bedingungen, Hilfe zur Selbsthilfe, Bevorzugung kleiner, standortnaher und unkomplizierter Projekte, Lieferungen aus Material bester Qualität, Vermittlung des jeweils nötigen Know-how und Gleichstellung der chinesischen Entwicklungshelfer mit der einheimischen Bevölkerung.

Wolfgang Bartke hat in vier neuen Ausgaben von CHINA aktuell die wichtigsten Entwicklungshilfeleistungen Chinas in den letzten Jahren zusammengestellt. Was die medizinische Hilfe anbelangt, so hat China zwischen 1963 und 1982 in nicht weniger als 36 Länder der Dritten Welt Medizintrupps, Ausbilder (für Akupunktur und westliche Medizin, für den Bau von Krankenhäusern, für die Erkundung von Heilkräutern zu pharmazeutischen Zwecken usw.) entsandt - und dabei medizinische Hilfe in einem Umfang von rund 300 Arbeitsjahren abgeleistet. Ungefähr 52 Millionen Patienten - im Schnitt 180.000 pro Jahr - wurden behandelt, pro Tag also rund 500. So häufig also kommen chinesische Mediziner mit der einheimischen Bevölkerung in Berührung - gewiß ein Kapitel "Volksdiplomatie" im ursprünglichsten Sinn des Wortes (13). Bezeichnenderweise waren unter den 36 Empfängern 32 afrikanische, 1 asiatisches (Laos) und 3 mittelöstliche Länder. Der Schwerpunkt ist also

eindeutig!

Werbekraft geht nicht nur von der medizinischen Hilfe, sondern auch vom Bau von Sportstadien und Kongressgebäuden aus. Auch hier ist Afrika der Hauptnutznießer, und zwar mit 13 Sportstadien und 6 Konferenzgebäuden, gefolgt von den Regionen Asien (3 bzw. 1) und Mittelost (2 bzw. 1) (14). Kaum ein ausländischer Besucher wird an solchen Bauten vorübergehen, ohne auf die chinesische Herkunft aufmerksam gemacht zu werden - und dies vielleicht gerade deshalb, weil China als Geber stets "bescheiden zurücktritt".

Was den Straßenbau anbelangt, so war China hier seit den fünfziger Jahren am Werk, zunächst allerdings in Mittelost und Asien und erst seit den siebziger Jahren auch in Afrika, das aber auch hier inzwischen den größten Anteil bekommt. In vier Staaten Asiens (Mongolei, Nepal, Pakistan, Laos) wurden 2.160 km gebaut, in sieben Staaten Afrikas (Äquatorial-Guinea, Äthiopien, Ruanda, Somalia, Sudan, Tansania, Sambia und Madagaskar) 2.141 km und in zwei Staaten des Mittleren Ostens (Nord- und Südjemen) 982 km. Die technisch weitaus härtesten Nüsse hatte China hier bei seinen Anrainern in Asien (Nepal, Laos und Pakistan: Karakorum-Straße!) zu knacken (15). Straßen sollen auch in Zukunft gebaut werden. So sind bereits neue Projekte für Nepal und die Zentralafrikanische Republik geplant.

Des weiteren hat China von 1958 bis 1982 27 Textilfabriken in zwanzig Ländern erstellt, davon 14 in Asien, 6 in Afrika, 5 in Mittelost und je eine in Europa (Malta) und Lateinamerika. Am besten ist hierbei Pakistan mit 4 Fabriken weggekommen, gefolgt von Birma, Kambodscha und Sri Lanka (16). Auch hier liegen weitere Projekte auf dem Planungstisch (über Formen wirtschaftlich-technischer Zusammenarbeit etc. vgl. unten 2.4.).

Eine weitere Form der Volksdiplomatie ist der Kultur- und Sportaustausch, der sich allerdings weitgehend nur auf die entwickelten Länder konzentriert. Für die Dritte Welt "fällt hier wenig ab". Nebeneffekte ergeben sich hier beim Bau von Rundfunkstationen und Sportanlagen, so z.B. bei der Erweiterung des "Bimbo-Funks" der Zentralafrikanischen Republik. Ab und zu kommt es, wie z.B. im Oktober 1982 auf den Malediven (17) zu gegenseitigen Fotoausstellungen oder zu Gemäl-

deaussstellungen (z.B. im Oktober 1982) in Tananarive/Madagaskar) (18), zur Entsendung chinesischer Tanz- oder Theatergruppen etc. und zur Aufführung chinesischer Filme (z.B. im Oktober 1982 in Bogota/Kolumbien) (20).

Zum Thema Volksdiplomatie gehören auch Veranstaltungen und Grußadressen, etwa anlässlich des "Internationalen Tags zur Beseitigung der Rassendiskriminierung" (21). Im übrigen sei an den weiten Bereich der Tischtennis-, Tanz-, Sport- und Delegationendiplomatie erinnert, die mit viel Begleitzeremoniell gerade in der Dritten Welt zelebriert wird.

Geht es allerdings um das Schicksal der Völker der Dritten Welt, dann betrachtet Beijing heute nicht mehr Befreiungsbewegungen oder Klassen, sondern vielmehr die Regierungen der betreffenden Länder als Gesprächspartner, auch wenn es sich um "reaktionäre" oder korrupte Regimes handelt. Ob Mobutu, Bokassa, Nyerere oder Haile Selassi - sie alle gehörten zu den von China anerkannten Vertretern der afrikanischen Staatenfamilie, an denen kein Weg vorbei "nach unten" zur Guerilla führen darf!

2.4. Verlagerung der Interessenschwerpunkte von den Ost-West- zu den Ost-Süd-Beziehungen. Nur verbales Interesse an den Nord-Süd- und Süd-Süd-Beziehungen

In den ersten Jahren nach ihrer Gründung ordnete sich die Volksrepublik China in das Geflecht des globalen Ost-West-Konfliktes ein und spielte an der Seite der Sowjetunion sämtliche Varianten des Kampfes gegen den "Imperialismus" durch, sei es nun im Bereich der Propaganda oder aber der unmittelbaren militärischen Auseinandersetzungen (Korea!).

In den späteren Jahren - und in dem Maße, in dem sie ihr Eigenwert in die Weltpolitik einbrachte - begann sich die Volksrepublik immer weniger als nur sozialistischer und immer mehr als sozialistischer Entwicklungsstaat zu begreifen, der selbst zur "Dritten Welt" gehört. Noch im Rechenschaftsbericht vor dem XII. Parteitag im September 1982 heißt es: "Das sozialistische China gehört zur Dritten Welt. China und die meisten Länder der Dritten Welt haben eine ähnliche Leidensgeschichte erlebt und stehen gemeinsamen Problemen und Aufgaben gegenüber. China sieht seine heilige internationalistische Pflicht darin, zusammen mit den

anderen Ländern der Dritten Welt entschieden gegen Imperialismus, Hegemonismus und Kolonialismus zu kämpfen" (22). Als "Entwicklungsland" fordert China - ganz auf der Linie der "Gruppe der 77" - eine Neue Weltwirtschaftsordnung.

Anfang der achtziger Jahre, als das Schlagwort von den "Süd-Süd-Beziehungen" aufkam, wandte Beijing seine Aufmerksamkeit der Zusammenarbeit innerhalb der Dritten Welt zu. Bisher sind in dieser Richtung allerdings nur wenige wohlgemeinte Erklärungen abgegeben worden, denen keine substantiellen Taten folgten.

Die Nord-Süd- und die Süd-Süd-Vorschläge und -diskussionen Chinas waren stets begleitet von "Ost-Süd"-Ermahnungen, in denen die Länder der Dritten Welt auf die Gefahren des sowjetischen Hegemonismus aufmerksam gemacht werden.

Zu diesem Fragenbereich nun einige Anmerkungen:

2.4.1. Schwierigkeiten im Umgang mit der Dritten Welt: Was ist das überhaupt?

Offiziell gibt sich China höchst dezisionistisch, wenn es die Völker und Staaten der Erde nach seinem berühmten "Drei-Welten-Schema von 1974 sortiert. Dieses auf den ersten Blick recht plumpen Schema, das die Staaten entweder nach hegemonistischen (Sowjetunion und cum grano salis auch die USA) oder aber nach entwicklungsbezogenen einteilt (hochentwickelte Staaten wie die Bundesrepublik oder die DDR gehören danach zur Zweiten Welt, weniger entwickelte wie Albanien oder Zaire zur Dritten Welt), ist häufig als Instrument der Analyse missverstanden worden. Eine solche Interpretation hieße die Absichten der chinesischen Führung verkennen, die ja nicht irgendeinen "soziologischen" oder außenpolitischen Ist-Zustand ermitteln will, sondern mit ihrer "Drei-Welten-Theorie" vielmehr einen Soll-Zustand postuliert. Die "Theorie" geht davon aus, daß Unterentwicklung und politische Manipulation von außen letztlich durch "den Hegemonismus" verursacht sind und daß allen in dieser Weise betroffenen Gemeinschaften gleichsam automatisch antihegemonistische Bestrebungen inhärent sind, auf die es aufmerksam zu machen und die es im Kampf gegen den Hegemonismus zu erwecken gilt. Daß in der täglichen

Realität innerhalb der Dritten Welt, geschweige denn im Beziehungsgefüge zwischen Zweiter und Dritter Welt, keine Einheit besteht - diese Tatsache kann auch dem ideologieveressensten chinesischen Politiker nicht entgehen!

China trägt - am Rande der Drei-Welten-Theorie - der Tatsache Rechnung, daß es in Wirklichkeit nicht drei, sondern eher vier Welten gibt, wobei die "Vierte Welt" die z.Z. 31 allerärmsten Entwicklungsländer (LDC: least developed countries) umfaßt, darunter 9 asiatische und pazifische Staaten (Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, VR Jemen, Laos, Malediven, Nepal, Jemenitische Arabische Republik, Westsamoan), 21 afrikanische Länder und 1 lateinamerikanisches Land (Haiti). Insgesamt leben in diesen 31 Ländern, deren drei wichtigste Kriterien ein BSP-Einkommen von unter 100 US\$, ein Industrieanteil von 10% des BSP und eine Analphabetenrate von über 80% der Bevölkerung sind, 270 Millionen Menschen, d.h. 7,5% der Weltbevölkerung (23).

Spricht China über diese Länder im Rahmen der Nord-Süd- bzw. Süd-Süd-Problematik, so erkennt es sie als "Vierte Welt" an; sobald sie jedoch im Ost-Süd-Gefüge erscheinen, gelten sie wiederum als Bestandteile der "Dritten Welt" - diesen feinen Unterschied gilt es auseinanderzuhalten!

In der Dritten Welt besitzt China einen höchst zwiespältigen Verbündeten:

Auf der einen Seite spricht alles für den Sieg der Dritten Welt: Immerhin stellen die Entwicklungsländer ja drei Viertel der Weltbevölkerung und besitzen drei Fünftel der Weltbodenfläche. Sie sind reich an Ressourcen, nehmen in ihrer Bedeutung als Rohstofflieferanten, Absatzmärkte und Investitionsstandorte zu, können sich z.T. alter Kulturen rühmen, die erst nach dem 15.Jh. zivilisatorisch in Rückstand geraten sind, und haben - so zumindest Chinas Meinung - gemeinsame koloniale Traumata erlitten, die sich heute - nach dem Absterben des alten Kolonialismus - in antihegemonistische Idiosynkrasien umgewandelt haben.

Auf der anderen Seite verfinstern sich solche Perspektiven, sobald China nach der "real existierenden" Einheit in der Dritten Welt Ausschau hält: Überall diese unbegreiflichen Streitigkeiten und Konflikte! Da zieht der Irak gegen den Iran zu Felde, da gibt es Spannungen zwischen Irak und

Syrien, zwischen Libyen und dem Sudan oder zwischen Syrien und Jordanien. Da herrscht ein Gegeinander von "Befreiungsbewegungen" und Regierungen im Mittleren Osten, die doch eigentlich alle den gleichen Hauptgegner haben, so die PFLOAG und der Oman. Da führen Somalia und Äthiopien gegeneinander Krieg, da stehen sich Süd- und Nordjemen haßerfüllt gegenüber und die PLO sieht sich von den anderen arabischen Staaten in der Stunde ihrer größten Not (Kampf um Beirut 1982) allein gelassen; da okkupiert Vietnam die Nachbarstaaten Laos und Kambodscha und wendet sich sogar gegen den alten Wohltäter, China! Pakistan reibt sich an Indien, Indien an China. Wozu all dieses sinnlose Gegeinander, wo es doch einen alles überragenden Hauptgegner gibt, auf den sich im Zeichen Afghanistans, Indochinas und vieler Länder Afrikas doch eigentlich die Aufmerksamkeit konzentrieren sollte!

"Die" Dritte Welt: Gibt es sie überhaupt? China beantwortet die Frage mit einem mutigen Ja und verweist hierbei auf ein paar simple Tatsachen. Das Erscheinen "der" Dritten Welt sei das wichtigste Ereignis seit dem 2. Weltkrieg. Erst die Dritte Welt habe der UNO Würde gebracht, indem sie sie von einem reinen Abstimmungsapparat in ein Forum verwandelte, in dem Hegemonismus und Expansionismus offen angeprangert, Vorschläge für eine neue revolutionäre Welt- und Weltwirtschaftsordnung diskutiert und Grundsätze eines neuen Völkerrechts erarbeitet werden können. Kein hochentwickeltes Land, das nicht schon den "Kampf der erdölexportierenden Länder" (OPEC) und anderer rohstoffproduzierender Länder zu spüren bekommen hätte! Was der Dritte Welt heute noch fehle, sei die Einheit - nicht zuletzt eine Frage des Bewußtseins, an dessen Entstehung China eifrig mitzuarbeiten versucht, wobei es sich in seiner ureigensten Rolle befindet. In der Tat erblickt China gerade hierin eine seiner wichtigsten Rollen im globalen Spiel - nämlich Mahner zur Einheit in der Dritten Welt, aber auch zur Einheit zwischen Zweiter und Dritter Welt und schließlich - wenn die beiden ersten schon nicht zu erreichen sind - wenigstens zur regionalen Einheit in den verschiedenen Teilen der Welt zu sein.

Verwandelt sich die heutige bipolare Welt (USA - Sowjetunion) in ein tripolares System - und zwar in dem Sinne, daß die Dritte Welt sich als Gesamtkraft (womög-

lich noch unter der Führung Chinas) konstituierte -, so würden wohl wenige Staaten mehr Genugtuung empfinden als China. Wie allerdings die derzeitigen Erwägungen über die zunehmend ("neogaullistische") selbständige Stellung der EG und auch Japans zeigen (24), glaubt China doch eher an ein künftiges Fünfeck, bestehend aus den beiden Supermächten, der EG, Japan und China, während die Dritte Welt als solche einstweilen eine machtpolitisch nicht zuordnungsfähige Masse bleibt. Auch insofern ist die Dritte Welt ein großes, weißes, unbeschriebenes Blatt Papier, auf das China gern die schönsten Schriftzeichen malen möchte.

Über die Frage, ob China selbst zur Dritten Welt gehört, ist unten (3.1.) Näheres auszuführen.

2.4.2. China und die Entwicklungspolitik der Dritten Welt-Staaten

Beeinflußt China direkt oder indirekt (d.h. als "Modell") die Entwicklungsstrategie der Dritten Welt?

Die zuletzt erhobene Frage läßt sich nur nach zeitlichen Perioden beantworten.

In den fünfziger Jahren war China noch so sehr mit innenpolitischen Problemen absorbiert und außerdem so stark am Sowjetmodell orientiert, daß es auch nicht im Traum daran gedacht hätte, sein eigenes - damals noch höchst unfertiges - Gesellschaftsgebäude als vorbildhaft für Länder der "Dritten Welt" hinzustellen, zumal die Zahl der damals schon aus der Kolonialherrschaft entlassenen Länder nur gering, in ihrer Bedeutung also überhaupt nicht abzuschätzen war.

1960 schloß sich China der Moskauer Deklaration an, derzufolge die Ostblockstaaten sog. "nationaldemokratischen" Staaten in der Dritten Welt Hilfe leisten sollten. Der "nationaldemokratische Staat" war durch eine Politik der Nichtanlehnung an den Westen, durch eine Minimalisierung westlicher Wirtschaftseinflüsse, durch Beteiligung der "Volksmassen" (d.h. der Kommunisten) und durch einen wachsenden Anteil des staatswirtschaftlichen Sektors gekennzeichnet (25). (Das im Text genannte vierte Kriterium erschien zwar nicht in dieser Urkunde - vielleicht wegen des Widerstands der chinesischen Kommunisten. Es tauchte aber dann in einer späteren Ergänzung vom 5. Januar 1961 auf und wurde seitdem in der so-

wjetischen Literatur mitbehandelt). Der "nationaldemokratische Staat" deckte sich weitgehend mit jenem Staat der "Neuen Demokratie", wie ihn Mao Zedong in seinem gleichnamigen Buch von 1939 entwickelt hatte. Noch bis in die Mitte der sechziger Jahre hinein hielt Beijing an dieser "nationaldemokratischen" Option fest, wie z.B. die 1965 im Verlag für fremdsprachliche Literatur erschienene Broschüre mit dem Titel "Die Sowjetrevisionisten, Verräter an der Deklaration von 1957 und der Moskauer Erklärung von 1960" beweist.

Während der Kulturrevolution beschrieb das Modellpostulat eine steile Kurve nach oben. Im Zeichen der Linken Strategie schrieb Lin Biao seinen berühmt gewordenen Essay "Lange lebe der Sieb im Volkskrieg", wobei er das Befreiungsschema von Yan'an als für die ganze Welt nachahmenswert erklärte und zum Kampf der Weltdörfer gegen die Weltstädte aufrief.

In der nachmaoistischen Zeit hat China hier wieder weit zurückgesteckt und legte einen Pragmatismus an den Tag, wie er noch vor wenigen Jahren unvorstellbar gewesen wäre.

China geht heute davon aus, daß jedes Land seine Entwicklungsstrategie nach den konkreten autochthonen Bedingungen erarbeiten müsse, wobei nur eine einzige Voraussetzung streng zu wahren sei, nämlich die Eigenständigkeit (die Nichteinmischung durch neokolonialistische Mächte etc.). Soweit diese Grundbedingung eingehalten ist, besteht ein weites Entwicklungsfeld, das sozialistisch oder aber kapitalistisch unterbaut sein mag. Fünf solche Strategien werden in der Literatur immer wieder hervorgehoben, nämlich die Strategien des "Exports von Primärprodukten", des "Importersatzes", des "Exportersatzes", der "Priorität der Schwerindustrie" oder der "Priorität der Leichtindustrie und Landwirtschaft" (26).

China muß es wissen; denn es hat im Laufe seiner volksrepublikanischen Geschichte mit nicht weniger als dreien dieser Strategien experimentiert, nämlich mit der "Priorität der Schwerindustrie" (in Zeiten des ersten Fünfjahresplans 1953-57), sodann (im Zeichen der Kulturrevolution) mit der "Strategie des Importersatzes", insofern die Volkswirtschaft damals aufgefordert war, nicht "im Schneekentempo hinterdrein zu kriechen", sondern, gestützt auf die "Spontaneität der Volksmassen, tausendmal zweckmäßiger und bessere Technologien zu kreieren" und so das "Lernen vom Ausland" überflüssig zu machen. Die reformerische Politik der nachmaoistischen Führung schließlich steht weitgehend im Zeichen der "Strategie der vorrangigen Entwicklung von Leichtindustrie und Landwirt-

Volksmassen, tausendmal zweckmäßiger und bessere Technologien zu kreieren" und so das "Lernen vom Ausland" überflüssig zu machen. Die reformerische Politik der nachmaoistischen Führung schließlich steht weitgehend im Zeichen der "Strategie der vorrangigen Entwicklung von Leichtindustrie und Landwirtschaft". Eingeleitet wurde dieser Kurs durch die "Umstrukturierungs"-Maßnahmen der Jahre 1980 ff., durch die Ungleichgewichte (z.B. das Wuchern des Metallurgiesektors und der "Vorhang der Stahlindustrie") zugunsten anderer, bisher benachteiligter Sektoren, beseitigt werden sollten.

In der nachmaoistischen Zeit hat China hier wieder weit zurückgesteckt und legte einen Pragmatismus an den Tag, wie er noch vor wenigen Jahren unvorstellbar gewesen wäre.

China geht heute davon aus, daß jedes Land seine Entwicklungsstrategie nach den konkreten autochthonen Bedingungen erarbeiten müsse, wobei nur eine einzige Voraussetzung streng zu wahren sei, nämlich die Eigenständigkeit (die Nichteinmischung durch neokolonialistische Mächte etc.). Soweit diese Grundbedingung eingehalten ist, besteht ein weites Entwicklungsfeld, das sozialistisch oder aber kapitalistisch unterbaut sein mag. Fünf solche Strategien werden in der Literatur immer wieder hervorgehoben, nämlich die Strategien des "Exports von Primärprodukten", des "Importersatzes", des "Exportersatzes", der "Priorität der Schwerindustrie" oder der "Priorität der Leichtindustrie und Landwirtschaft" (26).

China muß es wissen; denn es hat im Laufe seiner volksrepublikanischen Geschichte mit nicht weniger als dreien dieser Strategien experimentiert, nämlich mit der "Priorität der Schwerindustrie" (in Zeiten des ersten Fünfjahresplans 1953-57), sodann (im Zeichen der Kulturrevolution) mit der "Strategie des Importersatzes", insofern die Volkswirtschaft damals aufgefordert war, nicht "im Schneekentempo hinterdrein zu kriechen", sondern, gestützt auf die "Spontaneität der Volksmassen, tausendmal zweckmäßiger und bessere Technologien zu kreieren" und so das "Lernen vom Ausland" überflüssig zu machen. Die reformerische Politik der nachmaoistischen Führung schließlich steht weitgehend im Zeichen der "Strategie der vorrangigen Entwicklung von Leichtindustrie und Landwirt-

schaft". Eingeleitet wurde dieser Kurs durch die "Umstrukturierungs"-Maßnahmen der Jahre 1980 ff., durch die Ungleichgewichte (z.B. das Wuchern des Metallurgiesektors und der "Vorrang der Stahlindustrie") zugunsten anderer, bisher benachteiligter Sektoren, beseitigt werden sollten.

Für China zu keiner Zeit aktuell war die Strategie der vorrangigen Entwicklung oder des Exports von Primärprodukten, wie sie für die meisten Entwicklungsländer seit Jahren zum Gebot der Stunde geworden ist. Diese "Strategie" wird von China kritisch betrachtet, da Volkswirtschaften, die ausschließlich Primärprodukte anzubieten haben, bei den Terms of trade, wie sie in der heutigen Weltwirtschaftsordnung vorherrschen, allemal zu kurz kämen. Kritisch bewertet wird auch die Strategie der Priorität des schwerindustriellen Sektors - China selbst kann ein Lied davon singen.

Die "Strategie des Importersatzes" scheitert manchmal an einem zu schmalen inländischen Markt (was in China allerdings nicht der Fall ist).

Die "Strategie des Exportersatzes" unterscheidet sich von der des "Importersatzes" dadurch, daß jene die Industrieproduktion hauptsächlich zur Befriedigung des nationalen Marktes betreibt, diese aber weltmarktorientierte Güter herzustellen sucht, die nicht für den eigenen, sondern überwiegend für den internationalen Markt bestimmt sind, die es dem betreffenden Land also ersparen sollen, solche Güter auszuführen, die die eigene Volkswirtschaft selbst dringend benötigt. Der Nachteil dieser Strategie besteht in einer zunehmenden Abhängigkeit von der Weltmarktlage und in der Gefahr, die vom derzeit weltweit wachsenden Protektionismus ausgeht.

Die chinesische Führung hat gegen keine dieser Strategien einen prinzipiellen Einwand, sofern sie nur geeignet sind, unter den gegebenen Verhältnissen den drei Hauptproblemen des Durchschnittsentwicklungslandes genügend Rechnung zu tragen, nämlich der unterentwickelten Produktion, der Armut der Bevölkerung und der Abhängigkeit der Wirtschaft. Angesichts dieser "drei voneinander untrennbar" Probleme hat eine Strategie konsequenterweise drei Zielen gerecht zu werden, nämlich der Entwicklung der Produktion, wobei es nicht nur auf die Quantität, sondern auch auf Qualität

und ausgewogene Entwicklung zwischen den verschiedenen Sektoren ankommt, zweitens der Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung (wobei gleichzeitig das Bevölkerungswachstum gebremst und für eine gerechte Verteilung zu sorgen ist) und drittens der Erlangung wirtschaftlicher Unabhängigkeit. In diesem Zusammenhang denkt China vor allem an den Schuldendienst, der oft genug schon das "Einfallstor" für ausländische Einflüsse war, sowie an die terms of trade, die heute leider noch immer so gestaltet seien, daß Primärprodukte viel zu geringe Preise erzielen und obendrein auch dauernd schwanken, während umgekehrt Industriewaren preislich viel zu hoch angesetzt sind.

China hat also, um dies nochmals zu betonen, mittlerweile gegen keines der hier angeführten Modelle irgendwelche weltanschaulichen Vorbehalte. Jede Strategie wird vielmehr Zweck-Mittel-orientiert betrachtet. Am Ende solcher Ausführungen freilich kommt China dann doch immer wieder auf sein eigenes Vorbild zu sprechen. Den Entwicklungsländern wird vorgeschlagen, "schwache Kettenglieder in der Volkswirtschaft zu überwinden, die Land- und Energiewirtschaft sowie das Verkehrs- und Transportwesen intensiv zu entwickeln, mittelgroße und Kleinbetriebe sowie arbeitsintensive Produktionsabteilungen zwecks Reduzierung der Arbeitslosigkeit auszubauen, das Lebensniveau des Volkes zu erhöhen und die Bedingungen für medizinische Betreuung und Gesundheitspflege, Kultur- und Bildungseinrichtungen zu verbessern." (27)

Es ist interessant, daß Chinas Entwicklungspolitik fast ausschließlich wirtschaftsorientiert ist, daß also kaum soziokulturelle Rücksichten (Wahrung der Identität etc.) genommen werden. Für einen echten Buddhisten beispielsweise ist das Zuwachs- und Fortschrittsdenken eine dem eigenen Wertesystem widersprechende Erwartungshaltung, da erhöhtes Streben ja nur den "Lebensdurst" und damit das "Leiden" steigert, also ablenkt vom eigentlichen Ziel, nämlich dem Aufgehen im Nirwana. Eine solche dem buddhistischen System immanente "fortschritts"-feindliche Logik ist dem heutigen chinesischen Denken ebenso fremd wie etwa eine ökologischen Erwägungen entspringende Skepsis gegenüber der Zuwachsphilosophie. Da China im Zeichen der Rechten Strategie seit einigen Jahren den Zielvorstellungen der herrschenden Klassen der Dritten Welt Beifall zollt,

entgehen ihm vermutlich die langfristigen sozialen Kosten einer nicht "kultur"-adäquaten Strategie.

Im übrigen aber warnt China vor "vorgefertigten Modellen". Empfehlenswert sei weder das "Modell der kapitalistischen Länder" noch eine Entwicklungspolitik der "eine seitigen Entwicklung der Schwerindustrie und der allseitigen Verstaatlichung", mit dem die Sowjetunion bei den Entwicklungsländern hausieren gehe". (28)

2.4.3.

China und die Dritte Welt im Zeichen des Nord-Süd-Konflikts

Es hängt mit der besonderen "Befreiungsgeschichte" Chinas aus einer "subkolonialen" Unterwerfung zusammen, daß sämtliche Probleme der Beziehungen zwischen entwickelten und Entwicklungsländern letztlich im Lichte der Unabhängigkeit gesehen werden. Nach chinesischer Auffassung ist der gegenwärtige Kampf der Entwicklungsländer um eine unabhängige Wirtschaftsentwicklung nichts anderes als die Fortsetzung ihres nationalen Befreiungskampfes im nunmehr wirtschaftlichen Bereich. Mit dem Verlangen nach Unabhängigkeit korreliert also der Kampf gegen den "Neokolonialismus", der in den verschiedensten Formen zutage tritt, so z.B. in Form von ungerechten Terms of trade, würgenden Schuldendiensten, erpresserischem Technologietransfer etc.

Wirtschaftliche Unabhängigkeit schließt Entwicklungshilfe keineswegs aus. Sie basiert aber primär auf der eigenen Kraft während die ausländische Hilfe nur eine sekundäre Rolle spielt. Entwicklungshilfe hat für die Wirtschaft von Drittländern etwa die gleiche Funktion wie der Wanderstock für den Bergsteiger.

Die VR China hält aber nicht nur Entwicklungshilfe für zulässig, sondern auch den Dialog mit entwickelten Ländern. War sie während der Kulturrevolution noch für einen Kampf der Weltdörfer gegen die Weltstädte eingetreten - für einen Konfrontationskurs zwischen Nord und Süd also -, so gehört es heute zu den Befürwortern des Nord-Süd-Dialogs, wie er vor allem in Gestalt der Zusammenarbeit zwischen der EG und einer Reihe von AKP-Staaten 1975 im Lomé-Vertrag Gestalt angenommen hat. Dies Vertragswerk wurde von China zu einem Modellfall der Nord-Süd-Beziehungen, ja zu einem antihegemonistischen Modellbündnis hochgelobt. Dialog

statt Konfrontation zwischen Nord und Süd lautet heute die Beijinger Devise. In diesem Sinne auch sprachen sich die Chinesen bei der Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancun (Mexiko) im Oktober 1981 aus.

Die wichtigsten Vorschläge des in Cancun anwesenden Ministerpräsidenten Zhao Ziyang (Rede vom 23. Oktober 1981) zur Lösung der Weltwirtschaftsprobleme und zur Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung waren:

- Im Bereich der Nahrungsmittel und der Landwirtschaft ist einerseits der Nahrungsmittelbedarf zu decken und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die betreffenden Volkswirtschaften zu Selbstversorgern werden.

- Im Energiebereich sollen die Entwicklungsländer bei den Ölimporten bevorzugt und gleichzeitig darin unterstützt werden, eigene Energiequellen zu entwickeln.

- Im Bereich des Handels gehe es darum, den Protektionismus der entwickelten Partnerländer zu beseitigen, bessere Terms of trade für Primärprodukte zu schaffen, die Entwicklungsländer bei der Verarbeitung ihrer Primärprodukte zu unterstützen und ihre Exporteinkommen zu stabilisieren.

- Im Währungs- und Finanzbereich mußten die Modalitäten und Rückzahlungsfristen revidiert und den Entwicklungsländern ein Mitspracherecht an den internationalen Finanzorganisationen eingeräumt werden.

Entwicklungshilfe ist m.a.W. jederzeit willkommen, doch darf sie nicht Abhängigkeiten vergrößern oder zur Oktroyierung eines besonderen Entwicklungsmodeells führen. Ihr Ziel muß es sein, die einzelnen Volkswirtschaften auf "eigene Beine zu stellen" (29).

Welchen Stellenwert China der Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung zumißt, geht aus dem Einleitungssatz der Cancuner Rede Zhao Ziyangs am 22. Oktober 1981 hervor, wo es höchst plakativ heißt: "In der heutigen Welt gibt es zwei große Probleme: Die Bewahrung des Weltfriedens und die Förderung der Entwicklung. Beide Probleme sind eng und untrennbar miteinander verknüpft" (30).

Ein ergänzender Kommentar umreißt die drei Hauptpostulate einer neuen Weltwirtschaftsordnung, nämlich:

- Die Reform der Produktions-,

Konsum- und Handelsstruktur der Weltwirtschaft;

- die Reform der alten internationalen Arbeitsteilung zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten, die sich auf der Grundlage der Ungleichheit herausgebildet hat;

- und die Schaffung einer gerechten und vernünftigen internationalen Arbeitsteilung.

- Garantie der "völligen und ewigen Souveränität" der Entwicklungsländer über ihre natürlichen Ressourcen; Eingrenzung der multinationalen Konzerne.

- Beseitigung der Machtlosigkeit der Entwicklungsländer in den internationalen Wirtschaftsangelegenheiten und Beteiligung am Entscheidungsprozeß" (31).

Der rote Faden, der sich durch all diese Einzelpunkte zieht, ist letztlich die Forderung nach Unabhängigkeit, nach Autonomie, Autarkie und nach "Stehen auf eigenen Beinen" (32).

Es ist den Chinesen hoch anzurechnen, daß sie neuerdings von einer allzu einseitigen Ausbeutungsargumentation abrücken. Als einer der Gründe für die Armut in der Dritten Welt werden heutzutage nicht mehr nur Imperialismus und Hegemonismus etc. angeführt, sondern auch die Ölpreiserhöhungen (33). Auch im Energiezusammenhang ist deshalb Autarkie zu erlangen, so z.B. durch Entwicklung neuer Energieresourcen wie Biogas, Sonnenenergie, Wind- und Wasserkraft, Erdwärme, Verwertung von Ölschiefer, Torf etc. Zu empfehlen sei eine Politik der "diversifizierten Energieressourcen" und der "effektiven Mehrzwecknutzung".

Die Länder des Nordens werden darauf hingewiesen, daß die Erde heute eine Schicksalsgemeinschaft ist, in der niemand ungestraft egoistische Interessen verfolgen dürfe (weitere Gesichtspunkte zum Nord-Süd-Konflikt bei Oskar Weggel, "Die Konferenz über Süd-Süd-Beziehungen: Keinerlei konkrete Beiträge - auch nicht von Seiten Chinas", C.a., Februar 1982, S.76-79).

2.4.4. Die Süd-Süd-Beziehungen und die Zusammenarbeit Chinas mit Ländern der Dritten Welt

CHINA aktuell hat zu dieser Frage schon eine Reihe von Analysen ausgearbeitet (C.a., August 1981, S.511, und Februar 1982, S.77-79).

Wie oben 2.4.1. bereits ange-

führt, ist "die" Dritte Welt alles andere als eine Einheit. Ihr ideologisches Spektrum reicht vom antikommunistischen Pakistan bis hin zum kommunistischen Vietnam, umfaßt Länder, die miteinander Krieg führen (Iran/Irak), bezieht Blöcke mit ein, die sich feindlich gegenüberstehen (Indochina/ASEAN) und umfaßt zu guter Letzt nicht nur das reichste (Kuwait), sondern auch das ärmste Land (Bangladesh) der Welt. Ist hier umfassende oder wenigstens punktuelle oder vielleicht gar keine Zusammenarbeit möglich? China zeigt sich auch hier höchst optimistisch und stellt zwei Thesen auf:

- Zum einen gebe es zwischen den Entwicklungsländern, sei es nun regional oder subregional, schon heute Formen enger Zusammenarbeit in Produktion, Handel, Wissenschaft, Technik und im Finanzwesen - dies ungeachtet vieler Schwierigkeiten und Hindernisse.

- Des weiteren starke intensive Süd-Süd-Kooperation das kollektive Selbstvertrauen und damit auch die Verhandlungspositionen der Dritte-Welt-Länder im Nord-Süd-Dialog. Kräftige Süd-Süd-Zusammenarbeit im Interesse einer Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen also!

China trägt bei seinen Überlegungen der Tatsache Rechnung, daß die Dritte Welt in der Tat recht uneinheitlich ist. Es gebe Erdöl-exportierende Länder, Fertigprodukt-exportierende Länder, Rohstoff-exportierende Länder und darüber hinaus sehr unterentwickelte, zu Exporten kaum fähige Länder. Hier müßten gegenseitige Abstimmungen stattfinden. Beginnen müsse der Prozeß bei regionalen, subregionalen oder interregionalen Formen der Zusammenarbeit, wobei gewisse Prinzipien beachtet werden sollen. Grundsätzlich sollen Getreide- oder Erdöl-exportierende Länder bei ihren Lieferungen andere Entwicklungsländer bevorzugen; es seien günstige finanzielle Arrangements zu treffen und gegenseitige Meistbegünstigung einzuräumen. Das Beziehungsgefüge müsse durch enge Konsultationen untereinander hergestellt werden. Sodann werden vier Formen der möglichen Süd-Süd-Kooperation aufgezählt (34).

- Zusammenarbeit im Handel. Dies ist nach Chinas Ansicht der unproblematischste Bereich, dessen Anteil sich denn auch in den letzten Jahren erhöht habe, nämlich (betrachtet man den Anteil des zwischen den Entwicklungsländern abgewickelten Exporthandels an

ihrem Gesamtexportvolumen) von 20,3% i.J. 1970 auf 24,7% i.J. 1979 (Bei dieser Zahl ist allerdings zu berücksichtigen, daß die OPEC-Länder den Löwenanteil bestreiten!).

- Zusammenarbeit in den Währungs- und Finanzbereichen, die sich in zwei Formen vollziehen können, nämlich entweder durch regionalen Zahlungsverkehr (gemeinsame Rechnungsorgane, Zahlungsvereinigungen, Reservezentren) oder aber durch eigene finanzielle Institutionen mit regionalen Währungsfonds, die günstigere Bedingungen gewähren als der Internationale Währungsfonds. Hier sehen sich vor allem die OPEC-Länder zur Kasse gerufen, die nicht nur die Kassenfonds aufzustocken, sondern auch interregionale Joint Ventures und vielleicht sogar den Technologie- und Fachpersonal-Transfer aus Drittländern zu finanzieren haben.

- Eine dritte Form ist die Kooperation im Arbeitskräftebereich. Auch hier sind die OPEC-Länder mit gutem Beispiel vorangegangen: Ihnen fehlt es sowohl an gelernten wie auch an ungelernten Arbeitern und Fachkräften, die zuhauf aus Nordafrika und Südasien geholt werden und die mit ihren Devisenüberweisungen ins Heimatland dort auch wirtschaftliche Impulse auslösen.

- Technische Zusammenarbeit: China geht hier von der im Zusammenhang mit der eigenen Entwicklungshilfepolitik erhärteten Erfahrung aus, daß Entwicklungsländer häufig eine für andere Entwicklungsländer wesentlich geeignete "mittlere Technik" liefern können, als es den hochindustrialisierten Staaten mit ihren überzüchteten Produkten möglich ist. Außerdem sind i.allg. die Kosten für technische Neuerungen aus der Dritten Welt geringer als aus der Industriewelt. China selbst übernimmt seit 1979 Bauaufträge im Ausland, die es durch chinesische Technik und Arbeitskräfte ausführt. Zu diesem Zweck wurden eigens zwei staatliche Kooperationen für den Hoch- und den Tiefbau gegründet. In Südjemen hat die Tiefbau-Kooperation u.a. ein Joint Venture mit einer dortigen Firma errichtet, das nun für den Bau bestimmter Straßen sorgt. 1982 entstand außerdem die Chinesische Internationale Gesellschaft für technische Beratung (CIECC), deren Ziel es ist, die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit im In- und Ausland zu beleben. Die CIECC besteht aus 17 Gesellschaften für technische Beratung auf dem Gebiet des Bauwesens, der Architektur, der

Metallurgie, der Elektrizität, der chemischen Industrie, des Maschinenbaus, des Kohlebergbaus, der Leichtindustrie, der Geologie, der Forstwirtschaft und der Kältetechnik. Sie ist eine juristische Person, hat eigene Rechnungsführung und tritt im eigenen Namen auf. Ihr Service umfaßt Bauplanung, Durchführbarkeitsstudien, wirtschaftliche Schätzung und Management. Sie verfügt über 20.000 Angestellte, darunter 12.000 Ingenieure, Wirtschaftler und Planer. U.a. unterhält sie Geschäftskontakte mit der UNIDO (UNO-Organisation für industrielle Entwicklung) und der Weltbank.

Die technische Beratung ist eine noch junge Branche, die sich erst nach den großen Reformen von 1979 entwickeln konnte. Sie könnte in Zukunft auch für die technische Zusammenarbeit Chinas mit den Ländern der Dritten Welt von Bedeutung werden. Dies ist freilich noch Zukunftsmusik.

Die chinesische Aufzählung von Kooperationsmöglichkeiten im Süd-Süd-Bereich ist recht lückenhaft und schöpft bei weitem nicht jene Erfahrungen aus, die z.B. die ASEAN-Staaten in ihrem wechselseitigen Verkehr bereits vorbildlich erarbeitet haben - und zwar auf vier Ebenen, nämlich beim Handel, bei der Produktion, bei der Schaffung regionaler Multis und im außenwirtschaftlichen Bereich. Einzelheiten hierzu sind in C.a., Februar 1982, S.77 aufgezählt. Hier nur wenige Stichworte:

- Beim Handel kommen drei Instrumente in Betracht, nämlich gegenseitiger Zollabbau, gemeinsamer Außenzoll und Abstimmung beim Rohstoffverkauf. Im ASEAN-Bereich sind PTA- (preferential trading agreements) Abkommen geschlossen worden, wobei sich die Teilnehmer für bestimmte Gütergruppen gegenseitige Handelsvorrrechte eingeräumt haben.

- Im Bereich der Produktionsarbeit kommen zwei Formen der gegenseitigen Harmonisierung in Betracht, nämlich entweder die Errichtung zentraler Industriekomplexe oder aber die Harmonisierung in Form einer dezentralisierten "Komplementärproduktion". Die ASEAN-Länder haben bisher von beiden Möglichkeiten Gebrauch gemacht, indem sie einerseits in jedem der fünf Mitgliedsstaaten jeweils ein Großprojekt errichteten (wobei allerdings viele Probleme auftraten) und andererseits verschiedene Ergänzungsproduktionsvorhaben auf privatwirtschaftlicher Ebene förderten. Im Rahmen dieser AIC (ASEAN

Industrial Complementation) soll z.B. ein Land die Produktion von Dieselmotoren, das andere von Baumaterialien, Büromaschinen oder Chemikalien usw. übernehmen (Prinzip der "Arbeitsteilung").

- Der dritte theoretisch denkbare Weg, nämlich die Bildung von multinationalen Gesellschaften im ASEAN-Bereich, ist bisher kaum beschritten worden. Denkbar wären gemeinsame Tochterbildungen, die Schaffung neuer Unternehmen, die Verschmelzung bereits bestehender Unternehmen, die Herausbildung von Holdinggesellschaften etc.

- Eine vierte Ebene der Süd-Süd-Zusammenarbeit schließlich wäre ein Zusammenrücken auf kulturellem und währungspolitischem Gebiet etc., ferner der Aufbau gemeinsamer Dienstleistungsbetriebe (für den Tourismus, Reedereien, Erdbebenforschungszentren etc.) und gemeinsame Einrichtungen für Technologieforschung, meteorologische Beobachtungen etc.

Von all diesen Möglichkeiten greift China nur wenige Ansätze heraus. Vermutlich ist die Theoriebildung in Beijing noch nicht ganz abgeschlossen. Ein Hinweis darauf ist vielleicht auch die für chinesische Verhältnisse sonst ganz ungewöhnliche Unkonkretheit und Mattheit der chinesischen Vertretung bei der Konferenz über Süd-Süd-Beziehungen in Delhi Anfang 1982 (35).

Wirft man einen Blick auf die praktische Zusammenarbeit der VR China mit der Dritten Welt, so kann ihr auch hier kein allzu gutes Zeugnis ausgestellt werden. Es fällt zunächst einmal auf, daß sie den Löwenanteil der Finanzierungsaufgaben den OPEC-Ländern überlassen will; was die technische Zusammenarbeit anbelangt, so fährt sie sozusagen auf dem Trittbrett der oben bereits erwähnten Entwicklungshilfeleistungen, hält sich also in verhältnismäßig bescheidenem Rahmen. Erwähnt werden soll in diesem Zusammenhang auch das Studium zahlreicher (zahlenmäßig nicht näher erfaßbarer) Studenten aus der Dritten Welt an den Hochschulen Chinas.

Die Wirtschaftszusammenarbeit mit der Dritten Welt ist also in der Regel - sieht man einmal von reinen Handelstransaktionen ab - akzessorisch zu Entwicklungshilfeprojekten. Projektunabhängige Finanzierungsgeschäfte oder technologische Beratung gehören kaum zu den von China praktizierten Formen der Zusammenarbeit -

sieht man einmal von den bereits erwähnten Aktivitäten der beiden Baukorporationen ab.

Man gewinnt den Eindruck, daß China technologisch ganz auf die Industrieländer ausgerichtet und daß es hier in der Dritten Welt nur verbal anwesend ist.

Es sollte freilich auch nicht vergessen werden, daß China für seine Entwicklungshilfe bisher nicht immer den schuldigen Dank erfahren hat. Gerade dasjenige Land, das jahrelang mit rund 20 Mrd. \$ den Löwenanteil an chinesischer Militär- und Wirtschaftshilfe erhalten hat, nämlich Vietnam, steht heute im gegnerischen Lager. Auch Laos und Kambodscha, die - ebenso wie Vietnam - chinesische Hilfe jahrelang gratis bezogen haben, sind an der vietnamesischen Seite auf Gegenkurs zu China gegangen. So etwas wirkt ernüchternd und läßt Resignation aufkommen, zumal China in seinem Modernisierungsprozeß jeden Yuan dringend für die eigene Entwicklung benötigte.

3. Notwendige Korrekturen der chinesischen Dritten Welt-Politik

In der chinesischen DW-Politik paßt heute fast nichts mehr zusammen:

- Da fordert China die Kampfeinheit der Dritten Welt gegen "den" Hegemonismus; doch kann in Wirklichkeit weder von einer Einheit der DW noch einer chinesischen Zugehörigkeit zur DW noch von Gegnerschaft der USA (als eines "hegemonistischen" Staates) die Rede sein.

- Da fordert China eine entschlossene Süd-Süd-Politik, also die Einheit der Dritten Welt nach innen; doch hat es bisher weder nennenswerte eigene Ideen zu einer solchen Kooperation entwickelt, noch zeigt es sich in der Praxis ernsthaft daran interessiert.

- Da engagiert sich China verbal mit allem Nachdruck in der Nord-Süd-Diskussion und verlangt die Einheit der Dritten Welt nach außen; doch kocht es dann in der Praxis mit den Industriestaaten seine eigene Suppe und ist durchaus nicht zimperlich, wenn es darum geht, als Konkurrent der DW (z.B. vor dem IMF, der Weltbank etc.) aufzutreten.

- Da polemisiert China gegen die USA (und manchmal auch gegen Länder der Zweiten Welt); doch

weiß seine Führung sehr wohl, daß weder die antihegemonistischen Ziele noch die Modernisierung des eigenen Landes ohne deren Hilfe vorankommen.

Im einzelnen:

3.1. China als Bestandteil der Dritten Welt

Wie oben bereits ausgeführt, ist "die" DW alles andere als eine Einheit. Ihr ideologisches Spektrum reicht vom antikommunistischen Pakistan bis hin zum kommunistischen Vietnam, umfaßt Länder, die miteinander Krieg führen (Iran/Irak), bezieht Blöcke mit ein, die sich feindselig gegenüberstehen (Indochina/ASEAN) und umfaßt zu guter Letzt nicht nur das reichste (Kuwait) und das ärmste (Bangladesh), sondern auch das bevölkerungskleinste und größte Land der Welt!

All diese Unterschiede aber sollen, wenn es nach den Vorstellungen der chinesischen Ideologen geht, vergessen sein, sobald sie vor dem Hintergrund des gemeinsamen kolonialen Schicksals und der gemeinsamen Gefährdung dieser Länder in der heutigen Welt durch "den" Hegemonismus betrachtet werden! Unter antihegemonistischen Kriterien will sich also der 1-Milliarden-Staat der Chinesen mit dem 1-Millionen-Staat der Insel Mauritius, will sich die Atom- und Raketenmacht China mit den fast unbewaffneten Bermudas, will sich die in Teilbereichen bereits zum Industriegiganten aufgestiegene Volksrepublik mit dem Archipelstaat Wallis und Futuna auf eine Ebene stellen!

Von solchen praktischen Unverträglichkeiten abgesehen, beginnt China aber in der Zwischenzeit auch theoretisch den Verschiedenheiten in der Dritten Welt Rechnung zu tragen, insofern es, wie oben bereits erwähnt, den Begriff der "Vierten Welt" verwendet - vor allem im Zusammenhang mit den LDC! Allerdings ist hier, wie oben bereits erwähnt, ein feiner Unterschied zu beachten: Spricht China über diese Länder im Rahmen der Nord-Süd- bzw. der Süd-Süd-Problematik, so erkennt es sie als "Vierte Welt" an; sobald sie jedoch im Ost-Süd-Gefüge auftauchen, gelten sie sofort wieder als Bestandteile der Dritten Welt. Hier könnten erste Ansätze für eine weitere Differenzierung liegen!

3.2.

Fiktion Nr.2: die Forderung Chinas nach einer verstärkten Süd-Süd-Kooperation

Ende der siebziger Jahre, als das Schlagwort von den Süd-Süd-Beziehungen auftauchte, wandte auch China seine Aufmerksamkeit verstärkt der Zusammenarbeit innerhalb der DW zu, ohne bisher allerdings mehr ausgearbeitet zu haben als eine Reihe wohlmeintender Erklärungen, denen allerdings - wenn man einmal von der bereits erwähnten Entwicklungshilfe absieht - keine substantiellen Taten folgten.

Bei seinen Überlegungen geht China von der Erkenntnis aus, daß die Länder der DW auch wirtschaftlich alles andere als eine Einheit sind: Es gibt dort Erdöl-, Fertigprodukt- und Rohstoff-exportierende Länder, daneben aber auch viele Staaten, die so arm und unterentwickelt sind, daß für sie Exporte überhaupt nicht in Frage kommen.

Zwischen diesen so unterschiedlichen Volkswirtschaften sollen nach chinesischen Vorstellungen vier Formen der Kooperation stattfinden, nämlich Zusammenarbeit im Handel, in den Währungs- und Finanzbereichen, beim Austausch von Arbeitskräften und beim Technologietransfer.

Was freilich die chinesische Praxis anbelangt, so treibt China mit den Ländern der Dritten Welt zwar Handel, wobei die chinesische Bilanz in der Regel positiv ausfällt, und entsendet auch Arbeitskräfte (z.B. Hoch- und Tiefbauarbeiter in Nahost), beteiligt sich jedoch nicht an Währungsfonds für die Dritte Welt und leistet nur am Rande - d.h. akzessorisch zu seinen Entwicklungshilfeleistungen - technische Hilfe.

Im übrigen hat China jene oben bereits erwähnten vielfältigen Erfahrungen, wie sie geradezu modellhaft im Rahmen der ASEAN-Staaten entwickelt wurden, zumeist überhaupt noch gar nicht zur Kenntnis genommen. Zwei Erklärungen bieten sich für diesen Rückstand an: Entweder ist die Theoriebildung noch nicht weit genug gediehen oder China interessiert sich am Ende nur für die Zusammenarbeit mit den hochentwickelten Industrieländern.

3.3.

Fiktion Nr.3: China verlangt, daß die Ausbeutung des Südens durch den Norden auf dem Weg über eine Neue Weltwirtschaftsordnung beseitigt wird

Dieser Forderung liegt die Prämissen zugrunde, daß die Armut in der Dritten Welt primär eine Folge der Ausbeutung durch "Kolonialismus und Neokolonialismus" und nur in zweiter Linie ein Resultat fortschrittshemmender Strukturen im jeweiligen Lande sei. Daß die Rückständigkeit vieler Volkswirtschaften auch auf Korruption und Innovationsunfähigkeit der eigenen Eliten des betreffenden Landes oder aber auf die jeden Ansatz erwürgenden Ölpreise anderer Drittländer zurückzuführen sein könnten - diese Möglichkeiten bleiben in den chinesischen Verlautbarungen meist unerwähnt.

Man muß sich ferner ernsthaft fragen, ob die wichtigsten Nord-Süd-Vorschläge, wie sie China im Oktober 1981 in Cancun unterbreitet hat, für die Volksrepublik selbst nicht bereits in Erfüllung gegangen sind. Dort wurde gefordert, daß die Drittländer instandgesetzt werden sollten, ihren Nahrungsmittelbedarf selbst zu decken, die von ihnen benötigte Energie z.T. selbst zu erzeugen, ihre Exportgüter ohne protektionistische Behinderung und ohne nachteilige terms of trade an die Industrieländer zu verkaufen und im Finanzbereich ein Mitspracherecht zu erwerben. Auch sollten alle Entwicklungsländer Souveränität über ihre Naturressourcen erhalten.

Es wird schnell deutlich, daß China hier Probleme geltend macht, die es für sich selbst z.T. längst gelöst hat oder die es über kurz oder lang ohne Schwierigkeiten lösen kann.

Seit die VR China die wichtigsten selbstaufgerichteten Beschränkungen gelockert hat, sind ihr die entwickelten Länder mit einer Bereitwilligkeit und Großzügigkeit entgegengekommen, wie sie wohl jeder - ob auf chinesischer, ob auf ausländischer Seite - überrascht hat. China erhält Kredite, von denen andere Drittländer nur träumen können. Seit die Volksrepublik die Tür auch für Joint Ventures und andere Formen der Zusammenarbeit geöffnet hat, kann sie sich des Andrangs an Interessenten kaum erwehren. Auch über einen Mangel an Technologietransfer kann China sich ernsthaft kaum beklagen. Manche ausländischen Firmen brachten im

Gegenteil häufig technologische "Vorschüsse" ein, um sich auf diese Weise der Freundschaft und des Wohlwollens der chinesischen Partnerfirmen und -korporationen zu versichern.

Eigentlich auf keinem Gebiet hat China Grund, sich über "Ausbeutung", Ungleichheit oder mangelnde Kooperationsbereitschaft zu beklagen - im Gegenteil. Keinem Staat der Welt fiel es darüber hinaus ein, den Chinesen die "völlige Souveränität" über ihre Rohstoffe streitig zu machen.

Die meisten Forderungen, wie sie im chinesischen Katalog zur Neuen Weltwirtschaftsordnung stehen, sind also, was China selbst anbelangt, so gut wie erfüllt. Vielleicht stünde China am Ende schlechter da, wenn seine Nord-Süd-Forderungen auch noch für die anderen Entwicklungsländer in Erfüllung gingen. Der chinesischen Volkswirtschaft kämen dann beispielsweise ganz gewiß weniger "weiche" Kredite von Seiten der Weltbank oder des IMF zugute. Es sollte ja nicht vergessen werden, daß China vor allem im Kredit- und Technologiebereich nicht nur als Mitkämpfer, sondern auch als Konkurrent anderer Länder der Dritten Welt in Erscheinung tritt.

3.4.

Fiktion Nr.4: Die USA als Feind der Dritten Welt

Mit "Aufklärung" und antihegemonistischer Indoktrination allein kann China die so oft beschworene "Expansion" der Sowjetunion kaum aufhalten. Dazu bedarf es der Mithilfe einer Macht, die notfalls auch Zähne zeigen kann - eben der USA. Antihegemonistische Politik läßt sich heute m.a.W. nicht mehr mit den Ländern der Dritten Welt allein, sondern nur noch unter Mithilfe der USA betreiben. Beijing kann logischerweise nicht zugleich die "antihegemonistische" Mithilfe der USA in Anspruch nehmen und gleichzeitig die USA als "hegemonistische" Macht bekämpfen. Es kann ferner, wenn seine Außenpolitik glaubhaft bleiben soll, nicht mehr zur alten Revolutionspolitik (mit ihren subversiven Mitteln) zurückkehren. China ist heute ein angesehenes Mitglied der UNO und der UN-Unterorganisationen, es ist eine Atom- und Raketenmacht und hat sich außerdem zu einem Mekka von Staatsmännern und Regierungen der ganzen Welt entwickelt. So leicht führt kein Weg mehr zur kulturrevolutionären Vergangenheit zurück.

Im Interesse seiner außenpolitischen Glaubhaftigkeit sollte es sich zu seiner neuen Rolle bekennen: Es ist kein Teil der Dritten Welt mehr, sondern eins der fünf Machtzentren im internationalen System und außerdem ein Staat, dessen wichtigste Interessen mehr eine Zusammenarbeit mit hochentwickelten Ländern Europas und der USA als mit der Dritten Welt verlangen.

Warum aber hält die chinesische Außenpolitik dann nach wie vor an der überkommenen (und überlebten) Dritte-Welt-Politik der späten sechziger und frühen siebziger Jahre fest?

Drei Gründe lassen sich hier vermuten:

- Da ist erstens die Schwerkraft einer langjährigen Tradition, die mit einfachen Formeln arbeitete und von vielen Ländern der Dritten Welt noch lange Zeit alsbare Münze genommen wurde.

- Da ist zweitens die Hoffnung, Länder der Dritten Welt im Zeichen des Solidaritätsappells als Karte gegen die Sowjetunion auszuspielen. Wenn sich die Sowjetunion beispielsweise an Punkten wie der Malakka-Straße, dem Persischen Golf, dem Roten Meer oder dem Suezkanal festsetzt, so besteht die Möglichkeit, Anliegerstaaten wie Singapur, die Golf-Emirate, Somalia und Ägypten "aufzuklären" und sie in ihren "antihegemonistischen" Überlegungen vielleicht auch noch durch Waffenlieferungen, Wirtschaftshilfe und Ausbildungshilfe zu bestärken.

- Drittens aber bieten sich die Länder der Dritten Welt als Resonanzboden für chinesische Forderungen an. Immerhin stellen sie rund drei Viertel der Weltbevölkerung, besitzen drei Fünftel der Weltbodenfläche und einen Großteil der Naturressourcen, Absatzmärkte und Investitionsstandorte. Außerdem sieht China gerade auf dem afrikanischen Kontinent viele "unbeschriebene Blätter", auf die sich die schönsten Schriftzeichen malen lassen. Hier ist China in seinem ureigensten Element der "Erziehung", Belehrung und Aufklärung.

Anmerkungen zu diesem Artikel auf S. 601